

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Horst Ehmke MdB verurteilt die Sicherheitspolitik Helmut Kohls: Politik gegen das eigene Volk. Seite 1

Gerd Walter MdEP fordert Konsequenzen aus der Rhein-Vergiftung: Neue Abfall-Politik erforderlich. Seite 3

Dr. Dieter Spöri MdB weist Stoltenbergs Äußerungen zum SPD-Steuerkonzept zurück: Klägliche Kritik-Versuche. Seite 4

Erich Wolfram MdB kommentiert den Ausgang der Wahlen in Österreich: Die Alpenrepublik darf nicht „gewandelt“ werden. Seite 6

41. Jahrgang / 224

24. November 1986

Kohl macht Politik gegen das eigene Volk

Bundesregierung betreibt sicherheitsmäßige Abkoppelung Europas

Von Horst Ehmke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Kohl macht Politik gegen das eigene Volk. Das ist sicher eine ungeheuerliche Beschuldigung, denn sie schließt den Vorwurf an den gegenwärtigen Bundeskanzler ein, seinen Amtseid zu verletzen. Aber die Tatsachen lassen keine anderen Schlüsse zu: Kohl macht Politik gegen das eigene Volk.

- Die Bundesregierung unterstützt die Amerikaner bei ihrem Reykjavik-Vorschlag für eine Null-Lösung für Mittelstreckenraketen in Europa nicht nur nicht, sondern bremst sie sogar, indem sie Aufrüstungsforderungen bei Raketen kürzerer Reichweite daran knüpft. Sie will verhindern, daß SS 20, Pershing et cetera aus Europa verschwinden.
- Die Bundesregierung unterstützt das Weltraumrüstungsprojekt (SDI) der Amerikaner und damit eine sicherheitsmäßige Abkoppelung Europas, die gerade auch nach den Begriffen der Militärstrategie unser Land für sowjetische Waffen verletzbar macht.

Die Null-Lösung, der Abbau sämtlicher Mittelstreckenraketen in Europa - seit vielen Jahren Ziel der Amerikaner bei den Verhandlungen - ist für Deutschland und Mitteleuropa überlebenswichtig. Die sowjetischen SS-20-Raketen sind direkt auf unsere Städte gerichtet. Sie wegzuverhandeln, muß allererste abrüstungspolitische Aufgabe jeder deutschen Regierung sein.

Was lange Zeit mit den Sowjets nicht zu erreichen war, konnte in Reykjavik im Grundsatz vereinbart werden! Daß eine deutsche Regierung nun aber die Amerikaner daran zu hindern versucht, sich mit den Sowjets auf eine Null-Lösung zu einigen, ist fast nicht vorstellbar. Es ist eine Politik gegen deutsche Interessen. Denn daß es im deutschen Interesse liegt, daß gegen uns und unsere Städte gerichtete Raketen auf der anderen Seite abgebaut werden, bedarf ja wohl keiner Begründung.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verständnis
mit
Kommunikation
Kommunikation



Vorwand der Bundesregierung ist die Überlegenheit der Sowjets bei Raketen kürzerer Reichweite. Die gibt es in der Tat. Aber darf man damit die Abrüstung bei den Mittelstreckenraketen blockieren? Die Antwort ist einfach. Wenn die Amerikaner selber es für ausreichend hielten, Kurzstreckenraketen parallel dazu einzufrieren und zum Verhandlungsgegenstand zu machen (so die Einigung von Reykjavik) - dieselben Amerikaner, die ja die Nachrüstung hier vollzogen haben -, dann wird man sich wohl darauf einlassen dürfen.

Aber Kohl steht noch rechts von Reagan: „Ron, wenn sie die Nuklearsysteme von Europa abziehen, wird Krieg in Europa wieder möglich“, will er zu Reagan gesagt haben („Welt“ vom 16. November). Das ist Perversion des Denkens. Die Amerikaner, die selber Raketen abbauen wollen, daran noch zu hindern. Krieg für nähergerückt erklären, wenn Raketen abgebaut werden.

Der gleiche Zeitungsartikel zitiert einen hohen Beamten: Reagan sei ein Fundamentalist; die Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen sei bei ihm beschlossene Sache.

Jetzt sind wir buchstäblich so weit, daß wir im Namen der Abrüstung auf Reagan hoffen müssen - gegen den deutschen Bundeskanzler.

Kohl unterstützt SDI und hat ein entsprechendes Abkommen mit den Amerikanern geschlossen. Johannes Rau würde dieses Abkommen unverzüglich kündigen. Wir Sozialdemokraten sind gegen eine Militarisierung des Weltalls. Wir halten es für Wahnsinn, wenn unsere Erde - der einzige Stern, auf dem Menschen leben können -, auch noch aus dem Weltall mit Vernichtungswaffen bedroht werden soll. Schon heute bedrohen die Vernichtungswaffen die ganze Menschheit.

Militärstrategisch argumentiert wird das Urteil eher noch schärfer. Wenn SDI wirklich funktioniert, dann bildet es einen undurchdringlichen Raketenschutzschirm über Amerika. Die Amerikaner würden die Sowjets mit Langstreckenwaffen bedrohen, ohne die umgekehrte Bedrohung fürchten zu müssen. Für Europa bedeutet das eine sicherheitsmäßige „Abkoppelung“. Die Sowjets würden Europa anstelle der nicht mehr verwundbaren USA als „Geisel“ nehmen; und Europa wäre also noch mehr bedroht. Ein „europäisches SDI“ ist technisch wahrscheinlich überhaupt nicht - jedenfalls aber sehr viel später erst erreichbar. Jeder verantwortungsvolle deutsche Politiker müßte also alles daran setzen, SDI bei den Supermächten durch Verhandlungen zu verhindern.

Helmut Kohl tut das Gegenteil. Er handelt gegen die Interessen seines Volkes. Er wendet, in den Formeln des Amtseids, nicht Schaden vom deutschen Volk, sondern er fügt ihm Schaden zu.

(-/24.11.1986/va-he/hgs)

* * *

Dieser Beitrag erscheint kommende Woche in Heft 12 von SM - Sozialdemokrat Magazin

Vermindertem Lesende:
mit 100% recyceltem
Kunststoff-Papier



So darf es nicht weitergehen!

**Über Bewilligungsbescheide für die Einleitung von Industrieabwässern in den Rhein
muß neu verhandelt werden**

Von Gerd Walter MdEP
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

Die Kette der unentschuldbaren Vergiftungsfälle des Rheins durch Schweizer und deutsche Chemie-Giganten legt die Feststellung nahe, daß für die bisher gültigen Bewilligungen die Geschäftsgrundlage entfallen ist. Daher haben die SPD-Europaabgeordneten am Sonntag die Rheinanlieger-Staaten aufgefordert, sämtliche Bewilligungsbescheide für die Einleitung von Industrieabwässern in den Rhein und seine Nebenflüsse zu kündigen und neu zu verhandeln. Ich fordere Bundesminister Wallmann auf, sich die Forderung der SPD-Europaabgeordneten bei der am Montag beginnenden Konferenz der EG-Umweltminister zueigen zu machen.

Die Ereignisse der vergangenen Wochen haben offenkundig werden lassen, daß die Betreiber der Chemie-Industrien offenbar die Technik, die sie nutzen, nicht mehr ausreichend beherrschen. Bei einer Neuverhandlung der Bewilligungen muß vor allem darauf gedrungen werden, daß die baulichen, abwassertechnischen und gefahrenabwehrenden Einrichtungen so ausgelegt werden, daß sie schärfsten Anforderungen genügen. Außerdem muß festgelegt werden, daß sie kontinuierlich dem neuesten Stand der Technik angepaßt werden. Außerdem müssen die Unternehmen den Nachweis führen, daß die Produktion und das Produkt, aus denen die Abwässer stammen, unersetzlich und unverzichtbar sind. Ich erinnere daran, daß Sandoz nach der Brandkatastrophe in der Lage war, die Verarbeitung quecksilberhaltiger Produkte einzustellen - offenbar weil sie bereits Ersatzstoffe hatten, deren Verwendung sich bislang nicht „lohnnte“. Außerdem sollten die Unternehmen nachweisen, daß sie ihre Chemie-Abfälle nicht auf andere Weise entsorgen können als durch die Einleitung in den Rhein und seine Nebenflüsse. Beschleunigt müssen Alternativ-Methoden erforscht und entwickelt werden.

(-/24.11.1986/rs/fr)

* * *



Stoltenbergs klägliche Kritikversuche

Dem Bundesfinanzminister fällt nichts Neues zum SPD-Steuerkonzept ein

Von Dr. Dieter Spöri MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Wer sich Neuigkeiten von der von Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg groß angekündigten Auseinandersetzung mit dem SPD-Steuerkonzept am letzten Donnerstag erhofft hatte, wurde enttäuscht. Auch nach monatelangem Prüfen konnte der Beamtenstab des Bundesfinanzministeriums an den Steuerplänen der SPD keine ernstzunehmenden Kritikpunkte finden. Es bleibt also dabei:

- Die von der SPD für 1988 vorgesehene Steuersenkung ist für 90 von Hundert der Verheirateten und für 80 von Hundert der Ledigen günstiger als das bereits verabschiedete Gesetz der Bundesregierung für 1988.
- Nach dem SPD-Tarif 1988 werden Verheiratete bis zu einem Monatsgehalt von 8.000 DM und Ledige bis zu einem Monatslohn von 4.000 DM weniger Steuern zahlen als nach dem Tarif 1988 der Bundesregierung.
- Während nach dem Tarif 1988 der Bundesregierung Verheiratete erst ab einem Monatsgehalt von 4.000 DM entlastet werden, werden durch den SPD-Tarif auch die Bezieher niedriger Einkommen spürbar entlastet.
- Die von der SPD für 1988 beabsichtigte Erhöhung des Kindergeldes auf monatlich 100 DM für das erste Kind, 200 DM für das zweite Kind und 300 DM für jedes weitere Kind bei gleichzeitigem Wegfall der Kinderfreibeträge stellt eine deutliche Verbesserung der Familienförderung für Familien mit mittleren und kleinem Einkommen dar.
- Nach dem Konzept der SPD wird eine Familie mit zwei Kindern bis zu einem Monatsgehalt von 2.800 DM keine Lohn- und Einkommensteuer mehr zu zahlen haben.
- Die Vorschläge der SPD für eine gerechtere Ausgestaltung der Steuersenkung 1988 und des Familienlastenausgleichs sind solide gerechnet und führen nicht zu Mehrbelastungen des Staates.

All dies hat Stoltenberg nicht widerlegen können und damit praktisch sogar „regierungsamtlich“ bestätigt. Wenn er das SPD-Steuerkonzept dennoch kritisiert, ist diese Kritik nicht sachlich begründet, sondern basiert auf Mutmaßungen und Verdächtigungen und ist bewußt irreführend angelegt:

1. Stoltenberg behauptet, die SPD ließe sich mit ihrer Steuerpolitik „von kurzfristigen Umverteilungsargumenten“ leiten. Dies behauptet ausgerechnet derjenige, der die Umverteilung von unten nach oben an vorderster Front betrieben hat. Die Abgabenbelastung der Arbeitnehmer wurde auf neue Rekordhöhen geschraubt. Der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen ist seit 1982 von 32,6 auf 34,8 von Hundert gestiegen. Nach der neuesten Steuerschätzung sollen die Lohnsteuereinnahmen 1987 um 9,2 von Hundert weiter ansteigen, während alle übrigen Steuereinnahmen nur um circa drei von Hundert steigen werden. Richtig ist, daß die SPD diese Art der Umverteilung nicht weiter betreiben will. Der SPD-Tarif 1988 ist ein erster Schritt, um den Marsch in den Lohnsteuerstaat zu stoppen und die Belastung der Arbeitnehmer wieder auf das Niveau vor der „Wende“ zurückzuführen.



2. Stoltenberg behauptet, der SPD-Tarif würde bereits nach wenigen Jahren zu Mehrbelastungen führen. Hinzu legt er trickreich ausgesuchte Beispiele lediger Arbeitnehmer vor, die weit mehr als das statistische Durchschnittseinkommen verdienen. Dies beweist vor allem zweierlei:

- Dieser Bundesregierung ist die Steuerbelastung der Bezieher durchschnittlicher und mittlerer Einkommen und damit der überwiegenden Mehrheit der Arbeitnehmer egal;
- Im Mittelpunkt der steuerpolitischen Überlegungen dieser Bundesregierung steht der gut oder sehr gut verdienende Junggeselle und nicht etwa die Familie.

Der SPD-Tarif 1988 ist dagegen bewußt darauf ausgerichtet, die Mehrheit der Steuerzahler und insbesondere die Familien zu entlasten. Gegenüber dem Tarif 1988 der Bundesregierung ergibt sich auch mittelfristig nach dem SPD-Tarif eine Entlastung der Bürger:

Lediger, durchschnittlich verdienender Arbeitnehmer
(Einkommenshöhe laut Angabe der Bundesregierung) *)

	1988	1989	1990
Jahres-Bruttolohn	39.950	41.348	42.795
Steuer laut Bundesregierung	7.340	7.804	8.298
Steuer laut SPD	7.050	7.537	8.065
weniger Steuer laut SPD	290	267	233

Verheirateter, gut verdienender Facharbeiter
(Einkommenshöhe laut Angabe der Bundesregierung) *)

	1988	1989	1990
Jahres-Bruttolohn	59.220	61.293	63.438
Steuer laut Bundesregierung	9.068	9.700	10.318
Steuer laut SPD	8.618	9.174	9.756
weniger Steuer laut SPD	450	526	562

*) Bundestags-Drucksache 10/3321

3. Stoltenberg beklagt, daß „nach geltendem Recht fast 70 Prozent der Berufstätigen 1990 in der Progressionszone des Einkommensteuertarifs sein werden“. Begreift er denn nicht, daß dies eine Kritik an seiner eigenen Steuerpolitik ist? Die von Stoltenberg scheinheilig beklagte Entwicklung ergibt sich doch dadurch, daß das Steuersenkungsgesetz 1986/88 der Bundesregierung an dem Beginn der Progressionszone bei 18.000 / 36.000 DM (Ledige / Verheiratete) festhält. Die Steuerpflichtigen werden vor allem in diesem Bereich nach dem Willen der Bundesregierung mit sogenannten heimlichen Steuererhöhungen belastet. Der SPD-Tarif 1988 sieht dagegen vor, daß der Eintritt der Progression hinausgeschoben wird. Dadurch werden viele hunderttausend Steuerpflichtige aus der progressiven Besteuerung herausgenommen. Die Kritik von Stoltenberg ist also ein lupenreines Eigentor.
4. Stoltenberg versucht, das Ausmaß der Entlastungen durch den SPD-Tarif zu vernebeln mit Ausführungen über eine höhere „Grenzbelastung“ oder einen „steileren Anstieg der Grenzbelastung“. Dabei hofft er darauf, daß der steuertechnische Begriff „Grenzbelastung“ gleichgesetzt wird mit der tatsächlichen Steuerbelastung. Damit hat er leider sogar bei einigen Fachjournalisten Erfolg. Die Grenzbelastung, das heißt die Belastung der letzten hinzuverdienten Mark, sagt jedoch überhaupt nichts über die Höhe der gesamten Steuerbelastung aus. Es handelt sich bei der Diskussion um die Grenzbelastung um eine künstlich hochgezogene, realitätsfremde Argumentation. Den Bürgern ist es doch vollkommen gleichgültig, ob sie für ihre letzte hinzuverdiente Mark zwei oder drei Pfennig mehr Steuern zahlen müssen, wenn sie insgesamt um mehrere hundert Mark entlastet werden. Entscheidend ist, wieviel insgesamt an Lohn- und Einkommensteuer gezahlt werden muß. Und bei dieser Betrachtung kommt auch Stoltenberg nicht daran vorbei, daß der Anteil der durch den SPD-Tarif Entlasteten an den gesamten Steuerzahlern höher ist als der Anteil der Wähler der Gesamtzahl der Wahlberechtigten. (-/24.11.1986/rs/ks)

* * *



Österreich darf nicht „gewendet“ werden

Zum Ausgang der Nationalratswahlen in der Alpenrepublik

Von Erich Wolfram MdB

Stellvertretender Vorsitzender der deutsch-österreichischen Parlamentariergruppe des Bundestages

5,46 Millionen Österreicher haben zum 13. Mal nach dem Zweiten Weltkrieg einen neuen Nationalrat gewählt.

Fünf Parteien - die Sozialisten, die Volkspartei, die FPÖ, die Kommunisten und die Grüne Alternative Liste haben in allen Wahlkreisen kandidiert.

Bislang stellte die regierende SPÖ 90 Abgeordnete, die mit den zwölf Mitgliedern der FPÖ eine Koalition bildeten. Der oppositionellen ÖVP gehörten 81 Abgeordnete an.

Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky kündigte die Koalition mit der FPÖ, nachdem diese anstelle von Vizekanzler Dr. Steger (FPÖ) den am äußersten rechten Flügel der Freiheitlichen Partei angesiedelten Dr. Jörg Haider zum neuen Parteivorsitzenden wählten.

Neuwahlen wurden ausgeschrieben.

Am gestrigen Sonntag hat nun Österreich seinen neuen Nationalrat gewählt.

Erwartungsgemäß büßten die Sozialisten Stimmen und Mandate ein. Aber ihr Wahlziel, wieder stärkste Fraktion zu werden, haben sie erreicht. Das ist wohl in erster Linie auf Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky zurückzuführen, der in den wenigen Monaten seiner Kanzlerschaft als Nachfolger von Dr. Fred Sinowatz große Sympathiegewinne für sich verbuchen konnte und seinen Gegenspieler von der ÖVP, den farblosen Dr. Mock, klar hinter sich ließ.

Auch die österreichische Volkspartei mußte Verluste hinnehmen. Ihr Wahlziel, nach Bonner Muster eine Wende herbeizuführen, haben die Konservativen eindeutig verfehlt.

Ob es nun zu der in den letzten Wochen vielgehandelten Neuaufgabe der großen Koalition in Wien kommt, bleibt abzuwarten. Es spricht vieles dafür, denn eine Neuaufgabe der Koalition aus SPÖ und FPÖ ist so gut wie ausgeschlossen.

Die „freiheitlichen“ unter ihrem neuen Vorsitzenden Dr. Jörg Haider sind zu sehr nach rechts abgedriftet. Nicht völlig auszuschließen ist allerdings, daß der Wahlverlierer Dr. Mock/ÖVP eine Koalition nach Bonner Vorbild mit der nationalliberalen FPÖ bildet. Aber damit wird kaum gerechnet.

Daß die „Grünen“ erstmalig in den österreichischen Nationalrat einziehen, hat niemanden überrascht.

Der österreichische Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim wird sicherlich heute den amtierenden Bundeskanzler Dr. Vranitzky (SPÖ) mit der Regierungsbildung beauftragen.

Wir können unseren österreichischen Freunden nur wünschen, daß sie ihrem erneut von der Mehrheit der Wählerinnen und Wählern ausgesprochenen Führungsauftrag gerecht werden.

Es darf in Österreich nicht zu einer konservativen und nationalen Wende kommen.

Der nächste Bundeskanzler in Wien muß wieder Dr. Franz Vranitzky heißen.

(-/24.11.1986/rs/ks)